

Hintergrund



Januar 2026: ein ukrainischer Soldat in der Oblast Donezk

IRYNA RYBAKOVA/THE 93RD KHOLODNYI YAR SEPARATE MECHANIZED BRIGADE/AFP

Waffenstillstand ist nicht Frieden

Der Ukraine-Konflikt muss politisch gelöst werden. Das ergibt sich schon aus den Thesen des Militärwissenschaftlers Clausewitz

ERICH VAD

Es war der Historiker Ernst Nolte, der im Ende des Ersten Weltkrieges lediglich die Unterbrechung eines aus seiner Sicht rund 30-jährigen Krieges in Europa sah. Dieser sei nicht 1918, sondern mit dem 8. Mai 1945 (August 1945) geendet. Erst dann seien die Machtverhältnisse in Europa durch Krieg und ein Abkommen bis heute definiert worden: das berühmte Abkommen ist nach Jalta benannt, einer Stadt an der Südküste der Krim. 1945 seien, so Nolte, Russland und die USA zu den beiden bis zum heutigen Tage bestimmenden Flügelmächten Europas geworden.

Mit Blick auf die vorschnell „Friedensverhandlungen“ genannten derzeitigen Überlegungen im Wesentlichen der USA und Russlands spricht vieles dafür, dass wir uns lediglich auf einen Waffenstillstand zubewegen, auf eine Unterbrechung des maßgeblich von den USA und Russland geführten Krieges auf europäischem Boden.

Die eigentliche Machtfrage in Eurasien, aufgeworfen übrigens von den USA im Hinblick auf Russland – genauer: gegenüber dem eigentlichen systemischen Gegner der USA, China –, diese eigentliche Machtfrage ist weiterhin offen. Die Ukraine wiederum ist machtpolitisch gesehen faktisch aufgeteilt zwischen den USA und Russland. Sicher erscheint nur, dass Deutschland und Europa seit dem Ukraine-Krieg endgültig zum Objekt in der internationalen Sicherheitspolitik degradiert worden sind. Das Heft des Handelns haben die beiden Großmächte USA und Russland in der Hand.

Interesse an einem Kriegsende?

Dass noch nicht von einem nachhaltigen Frieden gesprochen werden kann, liegt daran, dass die im Ukraine-Krieg ausgetragenen, seit mehr als 25 Jahren bekannten politischen Konfliktthemen mit Russland nicht gelöst, sondern verschärft wurden. Lassen Sie uns hierzu eine der wenigen einfachen und sicheren Erkenntnisse der Militärgeschichte anführen: Ein nachhaltiger Frieden ist nur möglich, wenn bei allen Konfliktparteien das vitale Interesse an einer friedlichen Lösung größer ist als das an einer Fortsetzung des Krieges.

Davon kann derzeit keine Rede sein: Die USA haben grundsätzlich kein Interesse an einem echten europäisch-russischen Ausgleich. Durch

ihre „Balance of Power“-Politik in Europa profitieren sie in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht erkennbar vom Gegenteil. Sie suchen derzeit unter US-Präsident Donald Trump einen politischen Ausgleich mit Russland nicht, um Europa zu stärken, sondern um China zu schwächen. Für die USA wäre die Fortsetzung des Ukraine-Krieges oder ein größerer Krieg in Europa – von den USA rund 6000 Kilometer entfernt – eine durchaus vorteilhafte, rationale Option.

Russland hat seine Wirtschaft längst auf Kriegswirtschaft umgestellt, erreicht im Wesentlichen erfolgreich seine Kriegsziele in der Ukraine und will diese möglicherweise noch ausweiten. Auch Russland hat zunächst kein Interesse daran, auf eine friedliche Wirtschaft umzustellen, zumal die Gas- und Ölexporte noch florieren. Zudem festigt Putin durch den für ihn gerade erfolgreich laufenden Ukraine-Krieg und die Vorbereitungen auf einen europäischen Krieg seine machtpolitische Position.

Mit Blick auf die grassierende wirtschaftliche Rezession bei den europäischen Führungsnationen, allen voran Deutschland, scheint die laufende Umstellung auf Kriegsökonomie vorteilhafter zu sein als eine eher friedliche politische Kooperation mit Russland.

Für China wiederum würde die Fortdauer eines auch mit Waffengewalt ausgetragenen Konfliktes in Europa von der Indopazifik-Region ablenken, in der sich – mitbedingt durch den Ausbau des maritimen Containments der USA und durch die Territorialstreitigkeiten Chinas mit seinen Nachbarn – künftige Stellvertreterkriege abzeichnen. Und auch für die durch Demografie, Migration, wirtschaftliche Rezession und weitere innenpolitische Probleme gebeutelten Europäer böte „Krieg“ scheinbar politische und wirtschaftliche Vorteile.

Dabei wird unterschätzt, was ein europäischer Krieg für ihre hoch entwickelten, dicht besiedelten Industriegesellschaften bedeuten würde. Dies gilt insbesondere für Deutschland, das sich bereits als Aufmarschgebiet und logistische Basis auf einen kommenden Krieg vorbereitet. Angesichts der Interessenlage aller am Ukraine-Krieg beteiligten Akteure, also der USA, Russlands und der Europäer, scheinen also Kriegsvorbereitung und ein potenzieller neuer, größerer Waffengang in Europa in naher Zukunft die (scheinbar) bessere Op-

tion zu sein, als an einem nachhaltigen Frieden zu arbeiten.

Wenn man nach Wegen sucht, wie man aus diesem Mechanismus von Krieg, Macht und Gewalt herauskommen könnte, lohnt es sich, einige Gedanken zu Krieg und Frieden bei Carl von Clausewitz



Erich Vad, promovierter Historiker und Brigadegeneral a.D.

ANNE SCHÖNHARTING/OSTKREUZ

Jeder Krieg, auch der Ukraine-Krieg, ist und bleibt Clausewitz zufolge „Politik, welche die Feder mit dem Degen vertauscht hat“.

(1780–1831) in Erinnerung zu rufen. Der preußische Generalmajor, Heeresreformer, Militärwissenschaftler und -ethiker betrachtet Krieg und Politik nicht als getrennte Lebensbereiche, sondern als ineinander verschränkt, als Teile eines größeren Ganzen, das er Politik nennt.

Diesen gewichtigen Zusammenhang hat interessanterweise Wladimir Iljitsch Lenin in seinen Anmerkungen zu Clausewitz während seines Exils in der Schweiz erkannt und hervorgehoben. Er saß im Winter 1914/15 oft in der Schweizerischen Landesbibliothek in Bern und kommentierte dort das wirkmächtige Hauptwerk von Clausewitz, „Vom Krieg“.

Lenins „Auszüge und Randglossen“ zu Clausewitz zeigen, dass beide kongenial diesen wichtigen Zusammenhang verstanden haben, dass nämlich jeder Krieg – wie

es Clausewitz einmal auf den Punkt brachte – immer „seine eigene Grammatik, nicht aber seine eigene Logik“ hat. Um Kriege erfolgreich führen zu können, müssen die Zweck-, Ziel- und Mittelrelationen nach Clausewitz stimmen, braucht es realistische, erreichbare

nicht darin, dass Politik immer friedlich und Krieg immer kriegerisch wäre. Es besteht darin, dass Krieg als „Fortsetzung oder Instrument der Politik“ – wie Clausewitz’ bekannte Formel in verschiedenen Ausführungen besagt – immer Politik fortführt mit den Mitteln der Gewalt.

Nicht Aufrüstung und die Rüstungsindustrien oder mit dem Säbel rasselnde Militärs, sondern einzig und allein Politik „erzeugt“ nach Clausewitz den Krieg, jeden Krieg, auch den Ukraine-Krieg – und nur Politik kann Krieg fortführen oder beenden. Hierin und nicht etwa in ziviler Kontrolle oder Mäßigung des Krieges zeigt sich Clausewitz’ vielzitiertes „Primat der Politik“.

Deswegen ist Kriegsrhetorik von Politikern grundsätzlich gefährlicher für den Frieden als der berechnete Versuch, eine nicht einsatzfähige Armee wie die deutsche Bundeswehr zum Zwecke der Verteidigung „kriegstüchtig“ zu machen.

Auf den Ukraine-Krieg angewendet bedeuten diese Gedanken von Clausewitz, dass der Krieg – nach Unterbrechung durch einen Waffenstillstand – zwangsläufig fortgeführt werden würde, wenn die dem Kriege, auch dem Ukraine-Krieg, zugrundeliegenden, den Krieg verursachenden und auslösenden Konfliktthemen nicht politisch beziehungsweise diplomatisch durch Interessenausgleich und Dialog gelöst werden.

Der nächste Krieg und Waffengang mit Russland käme zwangsläufig, wenn einerseits die russische Seite neoinperialistisch auf die Wiederherstellung der Kontrolle über den postsowjetischen Raum abzielen sollte und andererseits die USA mit ihren europäischen „Klientelstaaten“ (so J.D. Vance während der Münchener Sicherheitskonferenz 2025) die „Open Door“-Politik der Nato fortsetzten, wenn die Ideologen einer angeblichen Unausweichlichkeit eines Krieges in beiden Lagern immer stärker den Ton angäben und drängende innen- und wirtschaftspolitische Themen – womöglich von ihnen sogar gewollt – von der Unvermeidbarkeit eines europäischen Krieges überlagert würden.

Die Themen, die Krieg und Frieden und unsere Zukunft in Europa betreffen, sind in den gegenwärtig diskutierten „Friedensplänen“ konkret angesprochen und gehörten schon seit langem auf die sicherheitspolitische Agenda. Es geht um die konkrete Ausgestaltung der Souveränität der Ukraine, um die Moda-

litäten einer Annäherung des geschundenen Landes an Europa und die EU, um belastbare Sicherheitsgarantien anstelle einer Nato-Mitgliedschaft. Es geht um die gegenseitige Akzeptanz strategischer Einflusszonen vor allem zwischen den USA und Russland in Europa, um die operative Ausgestaltung der – nach dem Nato-Beitritt von Finnland und Schweden – mehr als 3000 Kilometer langen Konfliktlinie mit Russland vom Nordkap zum Schwarzen Meer, um das Eindämmen von Aufrüstung, um Rüstungskontrolle insbesondere an den heiklen Hotspots, um Gewaltverzicht und vertrauensbildende Maßnahmen in Europa, vor allem an den potenziellen Erruptionspunkten eines künftigen Krieges im Baltikum, in Moldawien, in Georgien und Serbien und erneut in der Ukraine.

Das ist ein riesiges politisches Arbeitspaket. Wenn wir Europäer uns dem nicht proaktiv stellen, werden die laufenden Verhandlungen um einen „Friedensplan“ den Krieg nur unterbrechen, aber nicht beenden.

Vielleicht das letzte Zeitfenster

Wir haben in der Denktradition von Clausewitz die Wahl, diese Themen, die sich auch lange vor dem Ukraine-Krieg deutlich zeigten (was im medialen und politischen Diskurs gerne beiseitegelassen wird), endlich politisch anzugehen und zu lösen.

Die jetzige amerikanische Regierung gibt uns Europäern das vielleicht letzte politische Zeitfenster dazu. Wenn wir das nicht nutzen, dann marschierten wir nolens volens in einen Krieg in Europa, in dem sich einige schon zu befinden glauben und der in keiner Weise der europäischen Interessenlage entspricht.

Zur Lösung gehören das gegenseitige Verstehen der Interessenlage des anderen, das Sich-Hineinversetzen in die strategische Perzeption und Position des Gegners, politischer Dialog und Interessenausgleich sowie die Suche nach einem für alle Seiten „vorteilhaften Frieden“ – wie es Clausewitz sagte.

Erich Vad, promovierter Historiker und Brigadegeneral a.D. der Bundeswehr, war Gruppenleiter im Bundeskanzleramt und Sekretär des Bundessicherheitsrates, des höchsten Sicherheitsgremiums der Bundesrepublik Deutschland. Er ist Autor von „Ermstfall für Deutschland. Ein Handbuch gegen den Krieg“ und „Krieg oder Frieden – Deutschland vor der Entscheidung“ (mit Klaus von Dohnanyi).